

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 15

20. Januar 1984

Freimut Duve MdB, Obmann der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert eine Entscheidung des Generalbundesanwalts: Herr Rebmann und die Heilbronner.

Seite 1

Dieter Schanz MdB, Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, zum Gesetzentwurf der Rechtskoalition zum Jugendschutz: Interessant für Gewerbetreibende.

Seite 3

Hans Kolo MdL, Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, formuliert Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie: Zu teuer.

Seite 4

Anke Fuchs MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zum 60. Geburtstag von Eugen Glombig: Ein Sozialpolitiker mit großen Verdiensten.

Seite 6

Der Generalbundesanwalt und die Heilbronner

Alles Roger oder die innere Tatseite von Kurt Rebmann

Von Freimut Duve MdB

Obmann der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion

Sprachschöpferisch werden in unseren worttrüben Zeiten zuweilen eher die Staatspersonen als die Berufssprachgelehrten. Den Heilbronner Schriftstellern fehle die "innere Tatseite", dieserhalb könne Anklage, die von Bürgern gefordert war, nicht erhoben werden, sagt der Generalbundesanwalt Rebmann. Die intensive Suche nach der inneren Tatseite hat ihn jedoch etwas anderes finden lassen, sozusagen die äußere, auch bislang jedermann zugängliche Tatseite: Den Text der Heilbronner Erklärung selbst.

"Hast Du den Text gelesen?", viele meiner (mit mir Heilbronner-kritischen) Kollegen habe ich gefragt. "Nein, nur was in der Zeitung stand."

Aber Kurt Rebmann, Leser mit hoheitlichem Auftrag, saß, namens und im Auftrage der Bundesrepublik Deutschland, über die Seite 2 der Frankfurter Rundschau vom 21. Dezember 1983 gebeugt. Präzis mußte er lesen: Bürger, aufgeschreckt durch Heilbronner Meldungen, wollen Anklage erheben gegen jene, die zu Widerstand aufgerufen hatten: zur Wehrdienstverweigerung.

Tadel, Zorn und Ärger hatte sich über die Heilbronner ergossen, ein Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium sah sich an das Ende Weimars erinnert und verglich die Schriftsteller mit Nazis. Nun aber fand Kurt Rebmann, amtsgezwungen, mehr zu lesen als die Bild-Schlagzeilen, den Günter Grass-Satz: "Diesen Widerstand will ich lernen. Ich will ihn leisten und zu ihm auffordern, bis die Bundesrepublik frei von Atomwaffen - taktischen

Verleg:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
auf beschalteter Bismarck
Reprint-Papier



und strategischen - und frei von chemischen und bakteriologischen Vernichtungssystemen ist. Nur so kann ich, können wir der Bundeswehr helfen, zu ihrem verfassungsmäßigen Auftrag, zur ausschließlichen Landesverteidigung zu finden."

Genau hier behauptete Kurt Rebmann das Fehlen der "inneren Tatseite". Da mußte er den zornklagenden Bürgern doch tatsächlich klar machen, daß dieser Grass und all die anderen den verfassungsmäßigen Auftrag der Bundeswehr nicht nur achten, sondern wiederherstellen wollen. Also nur bestimmte Entwicklungen der strategischen Konzeption hatten sie für so gefährlich gehalten, daß sie zur Wehrdienstverweigerung aufgerufen hatten. Zwar sei da immer noch "partielle Unwissenheit und Voreingenommenheit, auch Leichtfertigkeit" gegenüber einem NATO-Partner im Spiel. "Leichtfertiges Handeln reicht aber nicht zur Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens."

Aber muß Schriftstellern darum die "innere Tatseite" abgesprochen werden? Wie steht es mit der wichtigen Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Sinnen? Tast-, Seh-, Geruchssinn - dann der Gehörsinn? Johanna von Orléans, angeklagt, konnte ihren Richtern den Unterschied zwischen inneren und äußerem Hörsinn nicht recht klar machen. Die inneren Stimmen führten sie aufs Schafott.

Gerade den Schriftstellern die Ermangelung eines spezifischen inneren Sinnes nachzuweisen, und damit die Anklage niederzuschlagen, zeugt von wenig Verständnis für den Autorenberuf - denn sie sind sozusagen beruflich gehalten zu jedem äußeren Sinnesorgan auch ein Inneres zu entwickeln.

Kurt Rebmann hat sich, an der Tradition deutscher Dichtkunst, vom Bürgertum in hohen Ehren gehalten, vergriffen: Die Schriftsteller allesamt dürfen sich den Raub ihres Inneren Tatsinns durch einen Bundesanwalt nicht gefallen lassen, sie müssen auf dieser Sinnesbefähigung bestehen.

Äußere und innere Tatseite - Übertragen auf andere Bundeswehrvorgänge - welche bedeutsamen Feinheiten tun sich da auf! Vielleicht hat auch der Selbst-Verteidigungsminister, der schon im Titel den Grundgesetzauftrag trägt, bald Anlaß, bei "partieller Unwissenheit, Voreingenommenheit und Leichtfertigkeit" das völlige Fehlen der "inneren Tatseite" zu reklamieren.

Was, wenn General Rogers die Geltung vom Angriffskonzept "AirLand Battle 2000" wirklich fordert für die Bundeswehr? Was tun unsere Verteidiger, wenn sie unser Grundgesetz dem Sacré Coeur der NATO, dem Saceur-Chef Rogers nicht recht klar machen können?
(-/20.1.1984/ks/rs)

+ + +



Mehr Gewerbe- als Jugendschutz

Der Gesetzentwurf der Rechtskoalition wird den Erfordernissen nicht gerecht

Von Dieter Schanz MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Der Entwurf zum Jugendschutzgesetz von CDU/CSU und FDP verdient seinen Namen nicht, er erfüllt in keinem einzigen Punkt die an ihn gestellten Erwartungen. So dürfen sich Kinder zum Beispiel bis 20.00 Uhr ohne Begleitung in Gaststätten aufhalten, Jugendlichen unter 16 Jahren ist das Verweilen bis 22.00 Uhr gestattet. Wer - außer Gewerbetreibenden - kann an solch großzügigen Generalvollmachten Interesse haben? Wenn die Verfasser dieses Entwurfes damit Imbißgaststätten und Milchbars meinten, sollten sie das auch klar formulieren!

Paragraph 8 Absatz 2 formuliert die Generalerlaubnis zur Teilnahme an Spielen mit Gewinnmöglichkeiten in der Öffentlichkeit für Kinder und Jugendliche nur negativ. Absatz 3 und 4 werden die Phantasie der Aufsteller elektronischer Unterhaltungsspielgeräte beflügeln. So stellt ein Gaststättenbetreiber einige elektronische Unterhaltungsspielgeräte auf, erhöht ein wenig die Getränkepreise und läßt vollkommen legitim unentgeltlich Kinder und Jugendliche an den Geräten spielen.

Paragraph 10 befreit die zuständige Behörde von der generellen Verpflichtung zum Jugendschutz. Selbst wenn eine unmittelbare Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen offensichtlich ist, soll es der zuständigen Behörde überlassen werden, ob sie handelt oder nicht.

Bei Paragraph 12 fehlt eine Begründung. Es geht nicht daraus hervor, daß unter "Angebote" der Jugendhilfe in diesem Falle solche der Fürsorgeerziehung, der Entziehung der elterlichen Sorge und so weiter gemeint sind. Fazit: Der Gesetzentwurf ist ungeeignet, seine eigenen Ziele zu erreichen. Was er allenfalls bringt, ist mehr Gewerbeschutz statt mehr Jugendschutz!

(-/20.1.1984/ks/rs)

+ + +



Zu teuer

Die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie wachsen

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Zweifel am angeblichen Preisvorteil des Atomstroms gegenüber der Elektrizität aus Steinkohlekraftwerken sind nur allzu berechtigt. Dieses Fazit konnte man auch wieder aus den dreitägigen Kolloquium "Zwischenbilanz Kernenergie" ziehen, das unlängst die Evangelische Akademie in Tutzing veranstaltete.

Vor allem die explosionsartig gestiegenen Baukosten für Kernkraftwerke sind es, die in den letzten Jahren den zu Beginn der siebziger Jahre noch bestehenden Kostenvorsprung des Atomstroms vollständig aufgezehrt haben. Damit wird die Kernenergie bei realistischer Einschätzung der mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundenen Kosten - vor allem der Entsorgung und der Stilllegung - zur teuersten Form der Energieversorgung.

Dies macht auch eine Studie des Öko-Institutes, die in Tutzing den bisherigen Berechnungen gegenübergestellt wurde, deutlich. Frühere Untersuchungen waren mit gravierenden Mängeln behaftet: Bei den Material- und Personalkosten wurden viel zu niedrige Steigerungssätze unterstellt, Stilllegungskosten ganz "vergessen". Es darf nicht verwundern, wenn angesichts solcher "Berechnungen" der Atomstrom billiger zu sein schien als herkömmlich erzeugte Elektrizität.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Worldwatch-Institutes, einer teilweise von der UNO finanzierten Forschungsorganisation, ist ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß die Baukosten für Kernkraftwerke in allen westlichen Industrieländern so stark angestiegen sind, daß nun neu zu bauende Kohlekraftwerke billiger sind. Dies hat beispielsweise in den USA zu einer "nuklearen Rezession" geführt. In den letzten acht Jahren wurden dort 27 Atomkraftwerk-Vorhaben aufgegeben.

Diese ökonomischen Argumente sollten auch die bayerischen Energieversorgungsunternehmen und die Bayerische Staatsregierung endlich zur Kenntnis nehmen und die Öffentlichkeit nicht mehr mit geschönten, unrealistischen Kostenangaben - vor allem bei der Entsorgung radioaktiven Materials - irreführen. Obwohl die Preise bekannt sind, obwohl in Bayern eine Stromüberkapazität vorliegt, weigert sich die Staatsregierung weiterhin, auf den Bau neuer Atommeiler zu verzichten und die möglichen Standorte aus dem Standortsicherungsplan zu streichen.

Wie fragwürdig die Argumentation und die Berechnungsweisen der Atomwirtschaft sind, zeigt sich an ihren Angaben zu den Kosten der Wiederaufarbeitung radioaktiven Materials. Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von abgebrannten Kernbrennelementen (DWK) geht von Kosten in einer Höhe von rund vier Milliarden Mark für eine Anlage mit einer Kapazität von 350 Jahrestonnen aus - eine sehr optimistische Schätzung gegenüber anderen Angaben, die dafür mindestens acht Milliarden Mark ansetzen. Selbst Befürworter der Kernenergie mußten bei einer Anhörung im Bayerischen Landtag einräumen, daß die direkte Endlagerung des abgebrannten Materials gegenüber der Wie-



deraufarbeitung Kostenvorteile bringt. Nachdem unter ökologischen Gesichtspunkten - zum Beispiel der Langzeit-Radiotoxizität - kein Entsorgungsweg zu bevorzugen ist, gibt es an sich kein Argument mehr, das für eine Wiederaufarbeitungsanlage spricht, außer natürlich dem Willen, in die technisch noch unausgereifte und mit gewaltigen Kosten ebenso wie mit neuen ökologischen und sicherheitstechnischen Risiken verbundene Brütertechnologie einzusteigen.

Dies ist offenbar das erklärte Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Anders ist nicht zu erklären, daß sie als einzige bedingungslos an der Wiederaufarbeitung festhält. Mittlerweile sind nämlich selbst den Gesellschaftern der DWK - den überregionalen Energieversorgungsunternehmen - Bedenken hinsichtlich der finanziellen Risiken beim Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage gekommen. Sie machen sich mehr und mehr Gedanken über die Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage. Deutlichster Beleg ist ein Beschluß des DWK-Aufsichtsrates, der den Vorstand beauftragt, bis Mitte Mai dieses Jahres die Wirtschaftlichkeit der Nuklear-Entsorgung mit und ohne WAA zu untersuchen. Offensichtlich bereitet die DWK den Ausstieg auf Raten vor; dafür spricht auch die immer weiter hinausgezögerte Standortentscheidung.

Mit Blick auf die weiteren Diskussionen im Bayerischen Landtag - geplant ist unter anderem eine Anhörung des Umweltausschusses zum Thema "Energieeinsparung und optimale Energienutzung" - wäre der CSU zu raten, ihre Forderung nach Bau von weiteren Atomkraftwerken unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Die Vorstellung von der preiswerten und umweltfreundlichen Kernenergie, wie sie CSU und Staatsregierung in der Öffentlichkeit immer wieder lautstark propagieren, ist nur noch Wunschdenken, das mit bemerkenswerter Beharrlichkeit weiterverfolgt wird. Wie kann man in der zur Zeit geführten Umweltdebatte ernsthaft den Bau von weiteren Kernkraftwerken als Beitrag zur Verringerung von Luftverunreinigungen und zur Bekämpfung des Waldsterbens fordern, wenn bei Inbetriebnahme der Reaktoren (in frühestens zehn Jahren) ein Großteil der Wälder bereits gestorben ist? Wenn diese Kernkraftwerke dann den absolut teuersten Strom liefern, während jetzt um jede Mark für Rauchgasfilter und andere Reinigungsanlagen in Kohlekraftwerken gefeilscht werden muß? Wenn die Atommeiler die vielfältigen Entsorgungsprobleme, die heute bereits bestehen ohne gelöst zu sein, noch verschärfen?

(-/20.1.1984/ks/rs)

+ + +



Eugen Glombig wird 60

Ein Sozialpolitiker mit großen Verdiensten

Von Anke Fuchs MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Auch in der Sozialpolitik drücken einzelne Politiker bestimmten Epochen ihren Stempel auf: In der Oppositionszeit der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg und in den ersten Regierungsjahren waren dies Ernst Schellenberg und Walter Auerbach. In der sozial-liberalen Regierungszeit war dies neben den sozialdemokratischen Arbeitsministern vor allem ein Mann, dessen 60. Geburtstag wir am 23. Januar 1984 feiern: Eugen Glombig.

Wie kaum ein anderer verkörpert Eugen Glombig "sozialpolitisches Urgestein". Als Sohn eines Hamburger Hafenarbeiters war sein Weg zunächst sehr steinig. Mit zwei Jahren erkrankte er an spinaler Kinderlähmung. Sein hartes Schicksal und seine spätere Ausbildung und Tätigkeit bei einer Angestellten-Krankenkasse führten dazu, daß sich Eugen Glombig seit frühester Jugend mit sozialpolitischen Problemen befaßte. In späteren Jahren schloß er sich dann dem wiedergegründeten Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen an - zunächst in ehrenamtlicher und später auch in hauptamtlicher Funktion. Als Vertreter der Deutschen Angestelltengewerkschaft hat er die Angestellten seit Wiedereinführung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung vertreten. Die Selbstverwaltung hat für Eugen Glombig bis heute Bedeutung behalten. Für die Durchführung der Wahlen in der Sozialversicherung trug er als Bundesbeauftragter Verantwortung.

Sozialdemokrat ist Eugen Glombig seit 1949. Von 1957 bis 1962 gehörte er der Hamburger Bürgerschaft an. In dieser Zeit war er nicht nur Vorsitzender des Sozialausschusses, sondern auch Mitglied der Deputation der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde. Seit Januar 1962 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Über zehn Jahre hat er den Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion geleitet, bevor er nach der letzten Bundestagswahl zum Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung gewählt wurde.

Bis zum heutigen Tag hat Eugen Glombig sich der Sozialpolitik aus persönlicher Betroffenheit, tiefster Überzeugung und mit besonderer Sensibilität für gesellschaftliche Benachteiligungen und soziale Ungerechtigkeiten verschrieben. Mit seinem Namen verbinden sich vor allem die großen Reformen in der Sozialpolitik für Behinderte. Es war nicht zuletzt sein Erfolg, daß Mitte der 70er Jahre zahlreiche wichtige Gesetze auf diesem Gebiet verabschiedet wurden: Die Dritte Novelle zum Bundessozialhilfegesetz mit den Schwerpunkten im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege, das Schwerbehindertengesetz, das gleiches Recht für alle Behinderten schuf, und das Rehabilitations-Angleichungsgesetz, das die Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation in den verschiedenen Zweigen weitgehend vereinheitlichte, tragen unverkennbar seine Handschrift.



Als Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik hatte Eugen Glombig die schwierige Aufgabe, innerhalb der sozial-liberalen Regierungskoalition die parlamentarische Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet umzusetzen. Es ist sein Verdienst, daß die unterschiedlichen sozialpolitischen Standorte von Sozialdemokraten und Freien Demokraten für viele Jahre der Regierungsarbeit nicht zu einem unüberbrückbaren Graben wurden. Durch beharrliche Gespräche mit dem Koalitionspartner hat Eugen Glombig sozialpolitischen Konsens oftmals herbeigeführt, wo er zunächst aussichtslos erschien. Viele von uns erinnern sich an das nächtelange, besondere Ritual der Koalitionsgespräche mit Eugen Glombig und Hans-Heinrich Schmidt-Kempen.

Eugen Glombig dachte dabei immer über den Tag hinaus. In zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen hat er die Sozialpolitik konzeptionell mit weiterentwickelt. Besonders hervorzuheben ist seine langjährige Tätigkeit in zwei Sachverständigenkommissionen: In der Kommission zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung und in der Kommission Alterssicherungssysteme, die erst kürzlich ihre Empfehlungen zur Harmonisierung der unterschiedlichen Altersversorgungen vorgelegt hat. Eugen Glombig hat auf die Berichte und Empfehlungen dieser Kommissionen mit Sachverstand und Engagement maßgeblich Einfluß genommen.

Wie nur wenige Politiker außer ihm hat Eugen Glombig auch frühzeitig die großen Herausforderungen für die Sozialpolitik aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung erkannt und nach Lösungen gesucht. Seine Antworten, die er bereits 1978 zur langfristigen Konsolidierung der Rentenversicherung formuliert hat, sind heute genauso aktuell wie damals. Auch im Gesundheitswesen hat er frühzeitiger als andere auf die Notwendigkeit struktureller Reformen hingewiesen. Es ist mit sein Verdienst, daß aus der von konservativer Seite angezeigten Diskussion über die angebliche Anspruchsmentalität mehr und mehr eine Diskussion über die unzulängliche Angebotsstruktur im Gesundheitswesen geworden ist.

"Nicht demontieren, sondern reformieren", das war und ist - auf eine kurze Formel gebracht - sein Weg, um das soziale Netz auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leistungsfähig zu halten. Unüberlegte Streichungen im Sozialhaushalt hat er ebenso abgelehnt wie eine engstirnige Buchhalterei, die der Sozialpolitik jede eigenständige Aufgabe abspricht. Daß seine Forderungen nach einer Gesamtreform der sozialen Sicherungssysteme in der Endphase der sozial-liberalen Koalition und erst recht nach dem Regierungswechsel kein Gehör fanden, widerlegt Eugen Glombig nicht. Ganz im Gegenteil: Die Entwicklung seit dem 1. Oktober 1982 hat mehr als deutlich gemacht, wie notwendig die von ihm geforderte umfassende Sozialreform noch immer ist.

Mit Eugen Glombig hat die Sozialdemokratie einen Sozialpolitiker, der konsequent für den Sozialstaat eintritt. Zu seinem Geburtstag bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß er auch in Zukunft seine ganze Kraft dafür einsetzt.

Lieber Eugen, ich gratuliere Dir zu Deinem Festtag, wünsche von Herzen alles Gute, und freue mich auf die weitere freundschaftliche Zusammenarbeit. (-/20.1.1984/ks/rs)

+ + +

